

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Einführung: Güterabwägung und verfassungsgerichtlicher Aktivismus ..	1
 Kapitel 1: Die Funktion von Verfassungsgerichtsbarkeit	 10
I. Die Lösungsansätze in der Literatur	15
1. Dworkin und die moralische Interpretation der Verfassung	16
2. Waldron und die Illegitimität von Verfassungsgerichtsbarkeit ...	17
3. Der Originalismus oder die Orientierung am Willen des Gesetzgebers	20
4. Die Verfassung als Schutz der demokratischen Identität	21
5. Elys prozedurales Modell	23
6. Haltern und die Spannung zwischen Populismus und Progressivismus	24
7. Die Gewaltenteilung als funktionell-rechtliche Grenze der Verfassungsgerichtsbarkeit	26
8. Die Verfassungsgerichtsbarkeit als subsidiäre Autorität zur Politikevaluation	28
II. Verfassungsgerichtsbarkeit und politisches Marktversagen	29
1. Demokratietheoretische Grundlagen der Funktions- bestimmung	30
2. Verfassungsgerichtsbarkeit als Korrektur des politischen Prozesses	32
a. Schiedsrichter in Kompetenzstreitigkeiten	33
b. Minderheitenschutz	34
c. Schutz der indifferenten Mehrheit vor Klientelpolitik	40
d. Verfassungsgerichte als Garanten demokratischer Entscheidungsverfahren	43
e. Korrektur externer Effekte	46
f. Fazit	48
3. Gerichtsversagen als Korrelat zum Politikversagen?	50
III. Funktionale Überlegungen und verfassungsrechtliche Dogmatik ...	51

Kapitel 2: Die normativ-analytische Debatte um die Maßstabsbildung bei der Abwägung	54
I. Die normative Diskussion um die Rationalität der Abwägung	55
1. Die Unmöglichkeit der Abwägung inkommensurabler Güter ..	56
a. Die Inkommensurabilitätskritik	57
b. Rationalisierung von Abwägung durch Formalisierung	61
aa. Alexys Gewichtsformel	61
bb. Das Abstellen auf den Realisierungsgrad	65
cc. Explizierung von Wertentscheidungen bei Hofmann	67
c. Die verkürzte Verhältnismäßigkeitsprüfung als Alternative	68
2. Einzelfallabwägung im Spannungsfeld zwischen Rechtssicherheit und Einzelfallgerechtigkeit	72
3. Fazit: Abwägung und die Grenzen richterlicher Entscheidungsspielräume	76
II. Empirische Unsicherheit in der Verhältnismäßigkeit	78
1. Eine hypothetische Grundannahme: Recht ohne Unsicherheit ..	81
2. Richterliche Kontrolle unter Unsicherheit	82
a. Direkte Kontrolle gesetzgeberischer Prognosen durch den Richter ..	83
aa. Mangelnde methodische Ausbildung der Richter	83
bb. Abhängigkeit empirischer Studien von der Perspektive	85
b. Auflösung von Unsicherheit durch Beweislastregeln	87
3. Fazit: Die Auflösung von Unsicherheit durch die Konstruktion von Einschätzungsspielräumen?	88
Kapitel 3: Die Konstruktion gesetzgeberischer Einschätzungsspielräume	90
I. Direkte Kontrolle gesetzgeberischer Einschätzungsspielräume	91
1. Das Modell abgestufter Prognosespielräume	91
2. Einschätzungsspielräume in der Prinzipientheorie	92
3. Empirischer Einschätzungsspielraum bei etablierter Unsicherheit	94
4. Substantielle Einschätzungsspielräume	97
5. Fazit: Die Konstruktion von Einschätzungsspielräumen und das Maßstabsproblem	99
II. Indirekte Kontrolle gesetzgeberischer Einschätzungsspielräume ..	100
1. Prozedurale Kontrolle des Gesetzgebers	101
2. Motivkontrolle durch das Verfassungsgericht	105
III. Fazit	109

Kapitel 4: Eine Theorie der Abwägung	111
I. Abwägung und verfassungsgerichtliche Legitimität	111
1. Legitimität und die institutionelle Stärke von Verfassungsgerichtsbarkeit	113
2. Folgerungen für die Abwägungspraxis von Verfassungsgerichten	118
II. Erläuterung des Forschungsdesigns	120
1. Die der Untersuchung zugrunde liegenden Daten	120
2. Kategorisierung verfassungsgerichtlicher Argumentationsmuster	123
a. Abwägung	125
b. Sonstige Verhältnismäßigkeitsargumente	126
aa. Legitimer Zweck	126
bb. Geeignetheit und Erforderlichkeit	127
cc. Undifferenzierte Typisierungen	128
c. Materielle Argumente außerhalb der Verhältnismäßigkeit	129
aa. Vertrauensschutz	129
bb. Kohärenz- und Konsistenzargumente	130
cc. Kategoriale Argumente	131
dd. Deduktive Argumente	132
ee. Gleichheitserwägungen	132
d. Prozedurale Argumente	133
aa. Verfahrenserwägungen	133
bb. Konstruktion von Einschätzungsspielräumen und Kontrolle des gesetzgeberischen Verfahrens	134
cc. Beweis- und Rechtfertigungslasten	135
Kapitel 5: Der Mythos vom Abwägungsgericht	136
I. Analyse der verfassungsgerichtlichen Entscheidungen	136
II. Der historische Trend	138
1. Die erste Phase: Vermeidung der Angemessenheitsstufe bei der Überprüfung von Gesetzen	138
2. Die zweite Phase: Abwägung als vorherrschendes Argumentationsmuster	141
3. Güterabwägung bei der Überprüfung untergerichtlicher Entscheidungen	142
4. Gründe für den historischen Trend	144
III. Substantielle Erwägungen: Was wird abgewogen?	147

1. Zuordnung finanzieller Lasten	148
2. Kontrolle der Passgenauigkeit zwischen Maßnahme und Ziel ...	150
3. Konsistenzprüfung in der Abwägung	153
4. Korrektur von Härtefällen	155
5. Abwägung in strafprozessualen Entscheidungen	158
6. Sonderfälle: Kruzifix und Ladenöffnung an Adventssonntagen	159
7. Fazit: Abwägung als Rationalitätskontrolle	161
IV. Fazit	164
 Kapitel 6: Substantielle Argumente neben der Abwägung	166
I. Legitimer Zweck	167
II. Geeignetheit und Erforderlichkeit	169
1. Empirische Unsicherheit	170
2. Implizite Abwägung	172
3. Geeignetheit und Erforderlichkeit als Rationalitätskontrolle ...	174
III. Vertrauensschutzargumente	174
IV. Kohärenz- und Konsistenzargumente	177
V. Gleichheitserwägungen	180
1. Gleichheitserwägungen bei der Garantie von Ehe und Familie .	181
2. Gleichheitserwägungen im Beamtenrecht	182
3. Gleichheit in der Berufsfreiheit	183
4. Fazit	184
VI. Kategoriale Argumente und Kernbereichsbestimmungen	185
VII. Deduktive Maßstabsbildung und normative Setzungen	189
1. Deduktive Argumente im Beamtenrecht	190
2. Deduktive Maßstabsbildung im Steuerrecht	191
3. Fazit	193
VIII. Grundrechtsrechtsprechung zwischen Rationalitätskontrolle und deduktiver Maßstabsbildung	194

Kapitel 7: Prozedurale Elemente in der Grundrechtsrechtsprechung	196
I. Prozeduralisierung bei Prozessgrundrechten	198
II. Verfahrensanforderungen in der Verhältnismäßigkeit	199
III. Strukturelle Argumente	202
1. Binnenpluralismus und Staatsfreiheit im Rundfunkrecht	202
2. Prozedurale Strukturprinzipien im Hochschulrecht	205
3. Verfahrensanforderungen im Beamtenrecht	206
4. Exkurs: Parlamentarische Beteiligungsrechte im politischen Prozess	208
5. Fazit	209
IV. Bestimmtheitsanforderungen	210
V. Kontrolle des Gesetzgebungsverfahrens	212
1. Die Nichtberücksichtigung von Interessen gesellschaftlicher Gruppen	213
2. Klientelpolitik und die Überbetonung von Partikularinteressen	215
3. Die Etablierung von Sorgfaltspflichten im Hartz IV-Urteil	217
4. Fazit	218
VI. Fazit	218
Kapitel 8: Verhältnismäßigkeit in der Rechtsprechung des südafrikanischen Verfassungsgerichts	221
I. <i>Makwanyane</i> als Ausgangspunkt	224
II. Verhältnismäßigkeitsargumente	227
1. Erforderlichkeit	227
2. Overbreadth	229
3. Legitimer Zweck	232
4. Geeignetheit	235
III. Argumente außerhalb der Verhältnismäßigkeit	237
1. Rechtfertigungs- und Beweislasten	237
2. Konsistenzargumente	239
3. Prozedurale Argumente	240
IV. Güterabwägung	242
V. Fazit	245

Kapitel 9: Verhältnismäßigkeit und die Verteilung von Rechtfertigungslasten beim kanadischen Supreme Court ..	247
I. Geeignetheits- und Erforderlichkeitsargumente	248
1. Die Überprüfung gesetzgeberischer Prognoseentscheidungen ..	249
2. Implizite Abwägung	255
II. Explizite Abwägung	258
III. Konsistenzargumente	262
IV. Prozedurale Argumente	264
V. Fazit	266
Kapitel 10: Verhältnismäßigkeit als Rationalitätskontrolle	269
I. Das Konzept der Rationalitätskontrolle	271
II. Verfassungsrechtsprechung als Rationalitätskontrolle	272
III. Ausdifferenzierung der Abwägungsdogmatik	274
IV. Die überschießende Tendenz der Rechtsprechung	276
V. Divergenz zwischen formalen dogmatischen Strukturen und Rechtspraxis	278
Appendix A: Klassifizierung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	281
Appendix B: Klassifizierung der Rechtsprechung des südafrikanischen Verfassungsgerichts	287
Appendix C: Klassifizierung der Rechtsprechung des kanadischen Supreme Court	289
Literaturverzeichnis	291
Stichwortverzeichnis	331